

Jugendsozialarbeit

→ aktuell

Nummer 242
Februar 2026

Sehr geehrte Leser*innen,

Jugendsozialarbeit ist tagtägliche Beziehungsarbeit. Unsere Fachkräfte begleiten junge Menschen in Schule und Ausbildung, bei Übergängen und Krisen. Sie tun dies auf der Basis demokratischer Werte, von Teilhabe, Anerkennung und Menschenwürde. Genau diese Selbstverständlichkeit gerät zunehmend unter Rechtfertigungsdruck.

Anfragen und Anträge wie die der AfD, aber auch der FDP im nordrhein-westfälischen Landtag im Mai 2025 reihen sich ein in eine bundesweite Entwicklung und markieren dabei für unser Bundesland eine neue Qualität der öffentlichen und parlamentarischen Auseinandersetzung.

Programme und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe – und damit auch der Jugendsozialarbeit – und der Demokratiebildung werden zunehmend auf ihre politische Legitimität und Neutralität, ihre Förderpraxis und ihre normativen Grundlagen hin hinterfragt. Die vordergründig formulierte Forderung nach Transparenz entfaltet in der Praxis nicht selten eine delegitimierende Wirkung. Für die Praxis ist diese Entwicklung hochrelevant. Wenn Angebote und Projekte, Methoden oder Kooperationen unter Generalverdacht geraten, beeinflusst dies das Arbeitsklima, Handlungsspielräume und letztlich die Arbeit mit jungen Menschen.

Die Frage, wie sich Soziale Arbeit und insbesondere die Jugendsozialarbeit zu Demokratie, Menschenrechten und gesellschaftlicher Vielfalt positioniert, ist damit längst keine rein fachliche mehr. Sie ist zu einer politischen geworden. Demokratiearbeit ist kein ideologischer Zusatz, sondern Kern professioneller Sozialer Arbeit.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Stefan Ewers
Geschäftsführer

Soziale Arbeit und Demokratiearbeit unter Rechtfertigungsdruck von rechts – Herausforderungen für die Jugendsozialarbeit

Maryam Tiouri

In der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation geraten Fachkräfte und Träger zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere dort, wo explizit Demokratiearbeit, Migrationsberatung und politische Bildung umgesetzt werden, zunehmend unter Druck – und das von mehreren Seiten zugleich. Rechtspopulistische und extrem rechte Akteur*innen, allen voran die AfD und ihr Umfeld, versuchen, demokratische Bildungs- und Beratungsangebote als „ideologisch“ oder „einseitig“ zu diskreditieren und ihre Legitimität zu untergraben. Gleichzeitig verschärfen sich seit Jahren migrationspolitische Debatten, die dazu führen, dass diverse Programme und Angebote im Migrationsbereich immer häufiger zur Projektionsfläche für Unmut über Flucht und Integrationspolitik werden. In diese Entwicklung reiht sich auch die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur „Politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“, in der nicht weniger als 551 Einzelfragen zu Finanzierung, Gemeinnützigkeit und vermeintlicher politischer Parteilichkeit von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen abgefragt wurden.¹ Engagierte NGOs wurden damit unter einen pauschalen Neutralitätsvorbehalt gestellt. Das Misstrauen gegenüber der demokratischen Zivilgesellschaft wurde öffentlich aus der selbstdefinierten politischen Mitte heraus eingestanden.

Vor diesem Hintergrund sind auch Träger und Fachkräfte der Jugendsozialarbeit nicht nur mit einer wachsenden Zahl verunsicherter oder direkt betroffener Adressat*innen konfrontiert, sondern auch selbst Adressat politischer Auseinandersetzungen – und damit gefordert, ihre Rolle, Haltung und Schutzstrukturen neu zu bestimmen.

Als Unterstützungsangebot angesichts dieser Bedarfe hat die Bundesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit e. V. in Kooperation mit dem Projekt „Abgehängt? Eingeholt! – jung, ländlich & vielfältig“ der Andreas Hermes Akademie e. V. im Jahr 2025 eine Tagungsreihe für Führungskräfte der Jugendmigrationsdienste umgesetzt. In vier Online-Modulen haben wir uns gemeinsam mit den Trägern und eingeladenen Referent*innen mit rechten/rechtsextremen Bedrohungslagen, Haltung, Kommunikation und institutionellen Handlungsspielräumen beschäftigt. Alle Module kombinierten Inputs mit Austausch, Fallarbeit und Reflexion.

Inhalte und Erkenntnisse aus der Modul-Reihe

Die Veranstaltungsreihe beschäftigte sich mit den wachsenden Angriffen auf und Infragestellungen der Sozialen Arbeit und

Tagungsreihe „Rechtspopulismus und Extremismus als Herausforderung für Träger“

Modul 1: Gesellschaftlicher Druck & rechte Bedrohung

„Zwischen Anklage und Abwertung – Warum geraten Soziale Arbeit und Demokratiebildung unter Druck?“

Modul 2: Haltung, Neutralität & Verantwortung

„Wo stehen wir – und was dürfen wir eigentlich?“

Modul 3: Kommunikation & Konfrontation

„Was tun, wenn's knallt?“

Modul 4: Handlungsspielräume & Transfer

„Und was heißt das jetzt für unsere Praxis?“

Demokratiebildung durch rechte und rechtspopulistische Akteur*innen. Sie zeigte zum einen auf, mit welchen Narrativen, Strategien und Kampagnen diese versuchen, Projekte vor Ort zu diskreditieren und unter politischen, medialen und finanziellen Druck zu setzen. Deutlich wurde, dass diese Angriffe Ausdruck gesellschaftlicher Machtkämpfe um Begriffe wie Neutralität, Demokratie und Meinungsfreiheit sind und kein individuelles Versagen oder Fehlverhalten darstellen.

Zum anderen wurde analysiert, wie rechte Akteur*innen Krisen gezielt nutzen, um Jugendliche anzusprechen und Träger durch Anfragen, juristische Mittel oder Drohungen

mit Mittelkürzungen zu verunsichern.

Zugleich klärte die Reihe rechtliche Grundlagen zu Neutralität, Gemeinnützigkeit und politischer Positionierung sozialer Organisationen.² Dabei wurde deutlich, dass es für freie Träger der Jugendhilfe kein generelles politisches Neutralitätsgebot gibt, sondern dass ihre Aufgabe gerade darin besteht, gegen demokratiefeindliche und menschenverachtende Einstellungen Haltung zu zeigen. Eine hilfreiche Erkenntnis war daher, dass gemeinnützigen Organisationen politische Betätigung auf Grundlage des derzeitigen Gemeinnützigkeitsrechts erlaubt ist, wenn diese Betätigung dem satzungsgemäßen Zweck dient.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Kommunikation in konflikthaften Situationen mit rechten oder menschenfeindlichen Aussagen. Hier wurde geübt, klar, professionell und wertebasiert zu reagieren, Grenzen zu setzen und Betroffene zu schützen, ohne zu moralisieren. Abschließend ging es darum, die Erkenntnisse dauerhaft in Organisationsstrukturen zu verankern, damit nicht Einzelne, sondern Institutionen insgesamt Verantwortung übernehmen und Schutz bieten.

Bündnisse als Schutzfunktion: Netzwerkarbeit jenseits der Symbolik

Ein zentrales Motiv der Tagungsreihe – explizit im vierten Modul, aber implizit in allen Modulen – ist die Einsicht, dass einzelne Träger rechten Angriffen und Bedrohungen nicht allein begegnen können. Forschungsergebnisse aus dem Projekt BEWARE³ der Hochschule Niederrhein machen deutlich, dass belastbare Netzwerke und Bündnisse eine entscheidende Ressource darstellen, um Bedrohungen zu bearbeiten und organisatorische Resilienz aufzubauen. Für die Jugendsozialarbeit bedeutet dies, Netzwerkarbeit nicht als optionales Zusatzfeld, sondern als integralen Bestandteil des professionellen Selbstverständnisses zu begreifen.

Bündnisse entfalten dabei in mehrfacher Hinsicht eine Schutzfunktion. Zum einen ermöglichen gemeinsame Positionierungen von Trägerverbünden, kommunalen Netzwerken und Fachgremien eine Entpersonalisierung von Angriffen: Es wird sichtbar, dass

es sich nicht um vermeintliche Einzelpositionen handelt, sondern um einen geteilten demokratischen Konsens. Gerade in schulischen Kontexten, in denen Jugendsozialarbeit häufig isoliert wahrgenommen wird, ist die Anbindung an kommunale Netzwerke, Jugendhilfeausschüsse, Fachverbände und Initiativen gegen Rechts von zentraler Bedeutung. Zum anderen kommt spezialisierten Beratungsstellen – etwa Mobilen Beratungsteams, Opferberatungsstellen oder demokratiepädagogischen Fachstellen – eine wichtige Rolle zu. Sie verfügen über spezifische Erfahrung mit Bedrohungslagen und unterstützen Träger bei Risikoanalysen, Kommunikationsstrategien und der Entwicklung von Sicherheitskonzepten, z. B. auch für öffentliche Veranstaltungen.

Damit Netzwerke im Ernstfall tatsächlich tragen, müssen Rollen und Zuständigkeiten klar geregelt sein: Wer wird im Krisenfall informiert, wer übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit, wer koordiniert juristische Schritte? Unklare oder lediglich symbolische Bündnisse bergen hingegen die Gefahr, Erwartungen zu wecken, die in Bedrohungssituationen nicht eingelöst werden können. Hinzu kommt, dass Bedrohungslagen für Mitarbeitende oft mit erheblichen emotionalen Belastungen, Rückzugsbewegungen oder Formen der Selbstzensur verbunden sind. Studien aus dem BEWARE-Kontext zeigen, dass viele Engagierte zwar weitermachen, sich aber zunehmend verunsichert fühlen. Für Führungskräfte folgt daraus die Aufgabe, aktiv für psychische Sicherheit zu sorgen – durch transparente Kommunikation, verlässlichen Rückhalt bei Angriffen, Angebote von Supervision und die klare Zusage, dass niemand mit Bedrohungen allein gelassen wird.

Kritische Einordnung: Stärken, Leerstellen und besondere Relevanz für die Jugendsozialarbeit

Die Tagungsreihe adressierte Führungskräfte, die sich im Spannungsfeld von fachlichem Anspruch, politischem Druck, Förderlogiken und Personalverantwortung bewegen. Aus Perspektive der Jugendsozialarbeit lassen sich dabei sowohl deutliche Stärken als auch Entwicklungsbedarfe erkennen. Positiv hervorzuheben ist zunächst die klare Fokussie-

rung auf Bedrohungserfahrungen einerseits und aktive Handlungsstrategien andererseits. Durch die Einbindung aktueller Forschung wird sichtbar, dass es sich bei Angriffen auf Demokratieprojekte und Träger der Sozialen Arbeit nicht (nur) um zufällige Einzelfälle handelt, sondern um strukturelle Rahmenbedingungen, unter denen demokratische Soziale Arbeit derzeit stattfindet.

Eine weitere Stärke lag in der Verknüpfung von rechtlicher Orientierung, Handlungsarbeit und Praxisreflexion. Die Tagungsreihe nahm die viel diskutierte Neutralitätsfrage, das Gemeinnützigkeitsrecht und die daraus abgeleiteten Handlungsspielräume von Trägern ausdrücklich in den Blick und verband diese rechtlichen Klärungen mit der Reflexion professioneller Haltung sowie mit kommunikativen Strategien für den Alltag. Viele Führungskräfte erleben, dass sie zwar fachlich Position beziehen möchten, sich aber hinsichtlich rechtlicher Grenzen und möglicher Sanktionen unsicher fühlen. Ergänzend dazu wurde deutlich, dass es nicht bei individueller Fortbildung stehen bleiben kann, sondern dass organisationsinterne Prozesse notwendig sind, um dem beschriebenen Druck nachhaltig begegnen zu können.

Gleichzeitig wurden in der Tagungsreihe auch Leerstellen bzw. weitere Notwendigkeiten sichtbar. Die Online-Formate, Fallbeispiele und Werkzeuge sind hilfreich, ersetzen aber nicht die notwendige organisationsinterne Veränderungsarbeit. Anpassungen von Dienstvereinbarungen, Krisen- und Kommunikationsplänen oder die verbindliche Verankerung von Schutzkonzepten können nicht allein über Fortbildung „von außen“ geleistet werden. Es wäre daher wünschenswert, Einrichtungen über die Tagungsreihe hinaus systematisch zu begleiten und längerfristige Prozesse der Organisationsentwicklung anzustoßen. Hinzu kommt, dass Konflikte um Migration, Armut und Bildungsgerechtigkeit sich in den Feldern sozialer Organisationen, also auch in der Jugendsozialarbeit und in den Jugendmigrationsdiensten besonders verdichten, ebenso der Druck durch lokale Öffentlichkeiten. Eine stärkere Fokussierung auf Schule als Handlungsraum inklusive Elternarbeit, Gremienstrukturen und Schulaufsicht könnte die Relevanz der Angebote für die Jugendsozialarbeit weiter erhöhen.

Bündnisarbeit ist kein „nice to have“, sondern eine Schlüsselstrategie des Arbeitsschutzes, der Qualitätssicherung und der demokratiestärkenden Praxis der Jugendsozialarbeit.

Für die Jugendsozialarbeit ist der Umgang mit Rechtspopulismus und Extremismus kein Rand- oder „Zusatzthema“, sondern berührt den Kern ihres fachlichen Auftrags.

Schließlich wurde in der Tagungsreihe auch sichtbar: Wenn Leitungskräfte ermutigt werden, klare Haltung zu zeigen, muss gleichzeitig mitgedacht werden, wie hierfür tatsächliche Ressourcen und Rückhalt – etwa durch Trägerverbünde, Verbände, Politik und Fördermittelgebende – gesichert werden können. Die Frage, wie Förderbedingungen, politischer Druck oder lokale Machtverhältnisse Handlungsspielräume begrenzen, bleibt bislang eher implizit und könnte in künftigen Angeboten deutlich stärker explizit aufgegriffen werden.

Warum das für die Jugendsozialarbeit zentral ist

Für die Jugendsozialarbeit ist der Umgang mit Rechtspopulismus und Extremismus kein Rand- oder „Zusatzthema“, sondern berührt den Kern ihres fachlichen Auftrags. Jugendsozialarbeit unterstützt junge Menschen beim Aufwachsen in einer demokratischen Gesellschaft und bei der Teilhabe an Bildung, Arbeit und sozialem Leben. Gerade hier konkurrieren rechtspopulistische Deutungsangebote mit sozialpädagogischen Ansätzen: Sie arbeiten mit einfachen Feindbildern, stellen Zugehörigkeit in Aussicht und liefern scheinbar klare Schuldzuschreibungen für komplexe Problemlagen. In vielen Handlungsfeldern der Jugendsozialarbeit – etwa an Schulen, in Übergangsangeboten oder in Projekten der politischen Bildung – prallen diese Deutungen direkt aufeinander.

Fachkräfte geraten dadurch in doppelte Belastungen: Einerseits begleiten sie Jugendliche, die selbst demokratiefeindliche Einstellungen äußern oder aus entsprechenden Milieus kommen. Andererseits erleben sie Angriffe auf ihre Projekte und Träger, werden als „politisch einseitig“ markiert oder müssen sich gegenüber Fördermittelgebern, Eltern oder Politik rechtfertigen. Leitungskräfte stehen damit vor der Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Fachkräfte demokratiestärkend handeln können, ohne sich permanent in einer Verteidigungsposition zu befinden.

Ausblick: Vertiefung und Spezialisierung der Tagungsreihe

Die bisherigen Stärken und Leerstellen der Reihe bilden den Ausgangspunkt für ihre inhaltliche Weiterentwicklung und Fortführung. Geplant ist, das Format durch spezifischere Angebote zu vertiefen. Ein zentraler Schwerpunkt wird die anhaltende Unsicherheit zu Neutralität, Gemeinnützigkeit und Förderrecht sein. Viele Träger stehen im Spannungsfeld, sich klar gegen Rechtsex-

tremismus zu positionieren und zugleich Erwartungen an „Neutralität“ und Gemeinnützigkeit zu erfüllen. Deshalb ist ein Modul mit juristischer Expertise vorgesehen, das rechtliche Rahmenbedingungen erklärt und konkrete Fragen der Teilnehmenden beantwortet. Ein weiteres Modul wird Schutzkonzepte mit intersektionaler Perspektive weiterentwickeln und verschiedene Diskriminierungsformen berücksichtigen und wie diese Konzepte sowohl für Adressat*innen als auch für Mitarbeitende wirksam werden.

Zusätzlich sollen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen thematisiert werden. Rechtspopulistische Mobilisierung, verfügbare Netzwerke, Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten stellen sich in Großstädten, Mittelzentren und ländlichen Regionen sehr unterschiedlich dar. Für die Jugendsozialarbeit bedeutet dies, dass Schutz- und Handlungsstrategien stärker an diese unterschiedlichen Kontexte angepasst werden müssen. Im Hinblick auf anstehende Landtagswahlen 2026 ist dies besonders relevant: Wahlkämpfe verstärken häufig Polarisierungstendenzen und können Drucksituationen vor Ort verschärfen. Das Modul soll Raum bieten, entsprechende Erfahrungen zu reflektieren, regionale Unterschiede herauszuarbeiten und kontextsensitive Strategien zu entwickeln – etwa im Hinblick auf Öffentlichkeitsarbeit, Bündnisse oder den Schutz von Mitarbeitenden.

Insgesamt zielt die Fortführung der Tagungsreihe darauf, Leitungskräfte nicht nur situativ zu unterstützen, sondern mittelfristig einen kontinuierlichen Lern- und Vernetzungsraum zu etablieren. Angesichts der Dynamik rechtspopulistischer Angriffe und der zunehmenden Bedeutung rechtlicher und förderpolitischer Rahmenbedingungen braucht es stabile Formate, in denen Wissen aktualisiert, Strategien weiterentwickelt und Kooperationen gepflegt werden können.

Quellen:

¹ Drucksache 20/15035

² vgl. auch <https://jugendringe.nrw/neutralitaet/>

³ <https://www.hs-niederrhein.de/startseite/news/news-detailseite/engagement-fuer-demokratie-gegen-rechtsextremismus-trotz-massiver-bedrohung/>

Autorin:

Maryam Tiouri ist Referentin im Bundesprogramm Respekt Coaches bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit.

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Kleine Spitzengasse 2 - 4
50676 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print)
ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet)
ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers
REDAKTION: Franziska Schulz
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln

